

Pressemitteilung
der Gesetzestreuenden Jüdischen Landesgemeinde Brandenburg

Potsdam, 03. Juli 2023 / 14 Tamus 5783

Zum Schutz der antisemitischen Politik

Auch das Land Brandenburg will eine zweite defense-line aufbauen

Das für den Schutz gegen Anschuldigungen, antisemitische Politik zu betreiben, aufgebaute und von Steuergeldern aufrecht erhaltene deutsche Ersatzjudentum mit dem sogenannten Zentralrat der Juden in Deutschland an der Spitze, wird international wie auch in Deutschland, schon längst nicht mehr ernst genommen.

Der politische Koscherstempel des Ersatzjudentums bietet der Politik keinen ausreichenden Schutz mehr. Die neuesten Missbrauchsskandale in den Einrichtungen der sog. Einheitsgemeinde Deutschlands wie dem Abraham Geiger Kolleg und der Synagoge in Berlin-Schöneberg haben die Vorwürfe, das in Deutschland erfundene Ersatzjudentum sei kein Judentum, bekräftigt. Mit Hilfe der modernen Kapos kann man zwar erfolgreich gegen das Judentum kämpfen, die Kapos sind jedoch als Kämpfer gegen die Politik ihrer eigenen Auftrag- und Geldgeber nicht präsentabel.

Auch sehen die immer zum richtigen Zeitpunkt im Auftrag der antisemitisch besonders auffälligen Amtsträger*innen veranstalteten Einzelaktionen der zahmen „jüdischen Prominenten“ eher kurios als seriös aus. Es ist außerdem sehr problematisch, ihre Prominenz sowie auch die Prominenten selbst irgendwie mit dem Judentum und dem jüdischen Leben zu verbinden.

Aufgrund der von Jahr zu Jahr immer weiter steigenden Zahlen der antisemitischen Taten in Deutschland haben die Machthabenden schon im Januar 2018 entschieden, eine zweite defense-line zum Schutz ihrer antisemitischen Politik aufzubauen - die Institution des Antisemitismusbeauftragten. Seitdem haben neben dem Bund bereits 15 Bundesländer Antisemitismusbeauftragte berufen.

Das als Vorreiter im Kampf gegen das Judentum geltende Land Brandenburg sieht jetzt auch für sich Nachholbedarf. Am 22. Juni 2023 unterstrichen die Koalitionsfraktionen in Brandenburg übereinstimmend, welche große Bedeutung die geplante Stelle eines oder einer Antisemitismusbeauftragten im Land hat.

Die wahre Aufgabe einer/eines Antisemitismusbeauftragten ist, unisono mit dem sog. Zentralrat der Juden die Machthabenden in Deutschland vor den immer lauter werdenden berechtigten Anschuldigungen, eine antisemitische Politik zu betreiben, zu schützen.

Nicht-jüdische Verstärkung aus der Ukraine und bezahlte Beter

Den allseitigen Angriffsgefahren täglich ausgesetzte jüdische Familien, die ihre Zugehörigkeit zum Judentum verstecken müssen und ihre Kinder aus Angst vor Angriffen nicht in deutsche Schulen schicken können, verlassen Deutschland. Die immer weniger werdenden Juden praktizieren hier kein Judentum. Die Schein-Synagogen und Gemeindehäuser der Zentralratsverbände stehen leer.

Die schrumpfenden Einheitsgemeinden, die ein religiöses Leben vortäuschen möchten, beschäftigen bezahlte Beter, damit eine Mindestzahl an Männern zu Gebeten und Hohen Feiertagen erscheint.

Verzweifelt suchen die Einheitsgemeinden eine quantitative Verstärkung aus den Reihen der ukrainischen Flüchtlinge und nehmen aktiv und praktisch ohne Rücksicht auf ihre nicht jüdische Abstammung Flüchtlinge als Mitglieder auf. Tatsächlich sind die Einheitsgemeinden schon seit Langem bestrebt, jede und jeden in die Gemeinde aufzunehmen. Bloß hat die Nachfrage immer gefehlt. Die ukrainischen Flüchtlinge stellen jedoch sehr gern Aufnahmeanträge, weil die Aufnahme in eine jüdische Gemeinde in der BRD eine klare Chance auf einen unbefristeten Aufenthaltstitel als jüdische Flüchtlinge im Sonderaufnahmeverfahren eröffnet.

Zweckentfremdung der Einheitssynagogen

Es besteht eine ernsthafte Gefahr, dass die den Einheitsgemeinden überlassenen Schein-Synagogen zweckentfremdet werden.

So hat das Land Brandenburg im Januar 2015 für eine jüdische Gruppierung in Cottbus ein nicht mehr benötigtes, unter Denkmalschutz stehendes, typisch evangelisches Kirchengebäude gekauft. Nachdem die Kreuze von den Kirchturmspitzen entfernt und die Kirchenglocken abgedeckt bzw. runtergenommen worden sind, bezeichnete die Landespolitik das nach wie vor leer stehende Kirchengebäude als die erste Synagoge im Land Brandenburg nach dem Holocaust! Vorsorglich und nicht ohne Grund hat das Land die neue Eigentümerin der Kirchen-Synagoge, die jüdische Gemeinde Cottbus, vertraglich verpflichtet, das Gebäude mindestens 25 Jahre lang als Synagoge zu nutzen. So hat sich die Landespolitik abgesichert, dass der politische Koscherstempelgeber die Synagoge zumindest nicht zeitnah feierlich in eine puffähnliche Einrichtung umwidmet. Obwohl... wer weiß, was die Synagogenregeln einer Einheitsgemeinde alles erlauben?

Weltweit erstmalig

In Potsdam hat die Landesregierung einen weitgehend feindseligen Angriff auf das Judentum gewagt, mit dem die Brandenburgische Landesregierung einen gefährlichen Präzedenzfall schafft. Hier soll eine bisher der Welt nicht bekannte und dem Judentum fremde Einheitssynagoge entstehen. Aus Mitteln der Steuerzahler wird in Potsdam ein landeseigenes Kulturhaus gebaut und bis Ende 2024 fertiggestellt. Der Landesbau soll als religionsloses jüdisches Synagogen- und Gemeindezentrum für alle jüdische Gemeinden – orthodoxe, reformistische, atheistische und einheitliche, also potemkinsche – dienen.

Da die Landesregierung mit den Gruppierungen der Einheitsgemeinde in Potsdam jahrelang keine Übereinstimmung für die Nutzung dieser landeseigenen Hybrid-Synagoge erzielen konnte, hat sie einen Verein aus Frankfurt am Main, die von dem Sohn des berühmten Zentralratsvorsitzenden, Josef Schuster, Aron Schuster geleitete „Zentralwohlfahrtstelle der Juden in Deutschland“ (ZWSt) mit dem Betreiben der Schein-Synagoge in Potsdam beauftragt. Und das nicht, weil die Familie Schuster ein Wunderkonzept erfunden hat, wie man alle Zoobewohner in einem Einheitskäfig präsentieren kann. Die ZWSt hat kein Nutzungskonzept. Der zentralen Schustervereine und die Landesregierung gehen davon aus, dass eine bis drei Einheitsgemeinden die kostenfreien Nutzungsräume unter Ausschluss der Orthodoxen in Anspruch nehmen werden und das staatliche Kulturhaus damit, wie gewünscht, ein potemkinsches Gesicht eines jüdischen Synagogen- und Gemeindezentrums bekommen wird. Die gewählte Konstellation schließt selbstverständlich automatisch jede Möglichkeit aus, in diesem Haus Judentum zu praktizieren.

Die Zahl und die Qualität der antisemitischen Taten steigen, die Täter bleiben bestraft

Die deutlich verstärkten und unverhohlenen antisemitischen Bemühungen der deutschen Politik, die gegen unseren jüdischen Staat Israel, gegen das Judentum und gegen den Wiederaufbau des vernichteten jüdischen Lebens in Deutschland gerichtet sind, zeigen ihre Wirkung. Die mithilfe der dem Staat zur Verfügung stehenden Instrumente wie staatspolitische Propaganda, Bildungs- und

Erziehungssystem usw. antisemitisch erzogenen Nachkriegsgenerationen, unterstützt von ständig stark zunehmenden Zahlen der aus antisemitischen Ländern aufgenommenen Einwanderungsgruppen, sorgen zunehmend für eine Steigung der antisemitischen Taten.

Die offiziell bekannt gegebenen Zahlen der antisemitischen Taten – mittlerweile sind es 7 Taten pro Tag – steigen in allen Bundesländern vom Jahr zu Jahr rasant. Die Fälle extremer Gewalt gegen Juden erreichten im Jahr 2022 den Höchststand. Die Politik und die von Pflichtgebühren bezahlten Massenmedien bezeichnen diese Taten als Straftaten, obwohl die meisten Täter aus der Politik und aus antisemitisch erzogenen oder eingewanderten Bevölkerungsgruppen frei davon kommen.

Für die seit Jahren bekannte und aktuell in den Medien wieder diskutierte Verwendung von Schulbüchern mit antisemitischen Inhalten – diesmal in Berlin und Brandenburg – wird niemand zur Verantwortung gezogen.

Alles läuft einfach weiter nach Plan – die Kinder und Jugendlichen werden zu Antisemiten erzogen, die staatspolitische Propagandamaschinerie schürt den Hass gegen Juden und den jüdischen Staat Israel weiter, jüdische Familien in Deutschland werden zur Ausreise gezwungen, Feinde des Staates Israel werden massiv unterstützt... Und das alles wird unter dem Schutzmantel betrieben: „Kampf gegen jede Art des Antisemitismus!“

Antisemitismusbeauftragte – für Juden völlig nutzlos bis schädlich

Der verstärkte politische Kampf gegen das Judentum fordert verstärkte Schutzmaßnahmen für die antisemitische Politik.

Für jüdische Familien in der BRD hat sich die Einführung der Institution der Antisemitismusbeauftragten als völlig nutzlos bis schädlich erwiesen. Die Antisemitismusbeauftragten verdecken die wahre Ursache des Antisemitismus und lenken von dem eigentlichen Systemproblem ab, indem man den ohnehin zur Schau stehenden „Alltagsantisemitismus“ noch sichtbarer macht.

Trotz (oder dankend) der massenhaften Einführung von Antisemitismusbeauftragten in Deutschland hat sich die Bedrohungslage für jüdische Familien in Deutschland wesentlich verschärft. Die institutionell besorgte Politik nimmt diese Entwicklung jedoch gelassen. Das ist genau der Fall, wo man sich in seinem inszenierten Kampf eine vollständige und bedingungslose Kapitulation wünscht.

Der Vorstand